

Dieter Oelschlägel

Entwicklungen, Möglichkeiten und Perspektiven von Gemeinwesenarbeit

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Bewohnerinnen und Bewohner,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Kolonieschacht,

es ist mir eine Ehre, heute hier referieren zu dürfen und Ihnen zu 20 Jahren Gemeinwesenarbeit zu gratulieren. Komme ich doch aus einem Projekt, das wir nach zehn turbulenten Jahren in einem Duisburger Armutsquartier in diesem Jahr - aus mancherlei Gründen - beerdigen mußten. Ich wünsche Ihnen viel Mut und Kraft und Gelassenheit für die nächsten Jahre. Wir werden das brauchen.

Meinem Referat muß ich eine Vorbemerkung vorausschicken. Ich habe bei der Vorbereitung auch nach rückwärts gelesen in die Zeit der Settlements der Jahrhundertwende und in die sogenannten „wilden Jahre“ der Gemeinwesenarbeit in den 70er Jahren, und ich muß es mit dem Propheten des Alten Testaments halten: „Es gibt nichts Neues unter der Sonne“. Nur für den Fall, daß Sie so etwas von mir erwarten.

Ich werde - und kann alles nur sehr verkürzt darstellen - zunächst einiges zu Rahmenbedingungen von Gemeinwesenarbeit heute sagen, um auf diesem Hintergrund einige Entwicklungen aufzuzeigen, die mir auffallen. Was das für Konsequenzen für Gemeinwesenarbeit haben könnte, will ich abschließend an wenigen Beispielen aufzeigen.

Rahmenbedingungen

Ich habe schon einmal im Saarland zu Fragen der Gemeinwesenarbeit referiert; das war 1993. Damals ging es um die Frage, was Gemeinwesenarbeit zur Armutsbekämpfung beitragen könne. Jetzt sind vier Jahre vergangen, und Armut und Arbeitslosigkeit sind noch immer - und mehr denn je - die bestimmenden Rahmenbedingungen für unsere Arbeit.

Aus einer Rede der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden, Ursula Engelen-Kefer, zitiert die Frankfurter Rundschau vom 17.09.1997: „Der Riß durch unsere Gesellschaft wird immer breiter. Knapp 2,8 Millionen Menschen waren im vergangenen Jahr nach Umfragen des DGB auf die Hilfe zum Lebensunterhalt - die Sozialhilfe im engeren Sinne - angewiesen. Ihre Zahl erhöhte sich in den letzten zehn Jahren allein im Westen um rund 800.000 bzw. gut 50 Prozent“.

Und es gibt keinen Grund zum Optimismus: keine Trendwende am Arbeitsmarkt; die Zahl der Menschen, die auf staatliche Hilfe angewiesen sind, steigt trotz der Befunde einer dynamischen Armutsforschung; der Sozialabbau ist ein Selbstläufer, an den wir uns schon fast gewöhnt haben; die Steuer- und Abgabenschraube steigt - allerdings nur für die kleinen Leute. 1996 war die Steuerbelastung der ArbeitnehmerInnen bereits auf die Rekordhöhe von über 50 % geklettert.

Die Bundesregierung - und mittlerweile auch weite Kreise der Opposition - lassen keine Gelegenheit aus, Mißbrauch und Anspruchsdenken anzuprangern (und die Dunkelziffer der Armut zu

¹ Vortrag auf dem Gemeinwesentag des Gemeinwesenprojektes am Kolonieschacht in Friedrichsthal am 26.09.1997

verschweigen) und nach der Sozialpolizei zu rufen. In einigen Gemeinden gibt es sie ja schon. Von den Stammtischen kommt ein entsprechendes Echo.

Als Folge dieser materiellen und ideologischen Prozesse vermehren und verschärfen sich gesellschaftliche Spaltungsprozesse (siehe nur die Wahl in Hamburg).

„Von besonderer sozialpolitischer Bedeutung ist angesichts der aktuellen Problemkumulation von Einkommensarmut und Wohnungsnot die Tendenz zu einer sozialräumlichen Ausgrenzung (einkommens)armer Personen und Haushalte aus ihren bisherigen Lebensräumen und die Konzentration von sog. Problemgruppen in ‘sozialen Brennpunkten’. Einher geht ein Strukturwandel von städtischen Wohnbezirken, in dessen Gefolge bisher normale Stadtteile durch Zu- und Abwanderungsprozesse allmählich den Charakter von Brennpunkten psychosozialer Notlagen annehmen²“

Besonders für die neuen Bundesländer liegt da noch ungeheuer sozialer Sprengstoff. Wir beobachten mit großer Sorge die Entwicklung in Großsiedlungen wie Leipzig-Grünau oder das Fritz-Heckert-Wohngebiet in Chemnitz, in denen Segregationsprozesse in einer Geschwindigkeit ablaufen, wie sie hierzulande unbekannt sind.

Gesteuert über den Mietpreis kommt es zu einer Segregation (Absonderung, Zusammenballung) insbesondere sozial schwacher, also armer Familien und ethnischer und subkultureller Minderheiten. Die Armutsbevölkerung befindet sich fast ausschließlich unter den besonders seg-regierten Gruppen. Allerdings kommt hinzu, daß typische Wohnstandortbedingungen (z.B. hohe Immissionsbelastung, Wohnungsqualität, Miethöhe, Nachbarschaft etc.) zu gebietstypischen Segregationsmustern von Individuen und Haushalten und damit zu quartiertypischen Formen des Zusammenlebens der Menschen führen. In Krisenzeiten kommt es zu einer Verschärfung klein-räumiger Disparitäten, die Tendenz der Herausbildung neuer Armutsghettos jenseits der „klassischen“ Segregation von Randgruppen ist zu beobachten.

Nach Krummacher - und das entspricht auch den häufigsten „Einsatzgebieten“ von Gemeinwesenarbeit in den alten Ländern - lassen sich im wesentlichen vier Typen sozial-räumlicher Armutskonzentration nachweisen:

- Städtische Obdachlosenghettos, die von überwiegend sozialhilfebedürftigen Großfamilien bewohnt werden.
- Kleinräumige Neubaughettos, die sich durch hohe Sozialmieten, Wohnungsleerstände, Vandalismus und hohe Jugendarbeitslosigkeit auszeichnen. Sozialhilfeempfänger bekommen hier oft Wohnungen zugewiesen.
- Altbaugebiete mit hoher Armutskonzentration, d. h. Arbeiterviertel mit traditionell niedrigem Einkommensniveau, mit hohem Sozialhilfeempfänger-, Arbeitslosen- und Ausländeranteil, jedoch noch relativ stabil. Aus diesen Gebieten heraus entwickeln sich
- Altbaugebiete mit Verelendungscharakter, wo Empfänger von Sozialhilfe, Kleinstrenten und Arbeitslosenhilfe dominieren und schon äußerlich räumlich-bauliche Verfallstendenzen sichtbar sind.

Es handelt sich schon nicht mehr nur um kleine Stadtteilbereiche, oft nur um Häuserblocks und Straßenzüge, sondern es ist in vielen Stadtgebieten eine Ausweitung zu ziemlich großräumigen

² Walter Hanesch: Armut und Armutsberichterstattung in Kommunen, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit 43/1992/1/20 - 26; hier: S. 25

Armutstadtteilen (vornehm ausgedrückt: Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf) schon zu beobachten³.

Während der Problemdruck auf die Kommunen aufgrund der beschriebenen Entwicklungen wächst, sinkt deren Problemlösungskapazität, so daß Hanesch u.a. zurecht die Frage stellen: „Überlebt die soziale Stadt?“⁴ Die Kommunen mußten und müssen sich auf radikal gewandelte fiskalische Rahmenbedingungen einstellen: wirtschaftliche Einnahmeverluste, einigungsbedingte Sonderausgaben, Kürzungen von Landes- und Bundesmitteln.

Gleichzeitig sehen sie sich gefordert, angesichts des Rückzuges des Bundes aus sozial-staatlichen Leistungsverpflichtungen als „Sozialstaat in Reserve“⁵ auftreten zu müssen. Soziale Aufgaben wachsen, die dafür zur Verfügung stehenden Mittel sinken.

Das führt zu unterschiedlichen strategischen Entwicklungen in den Kommunen, von denen ich zwei nennen will, die für Gemeinwesenarbeit wichtig sein könnten:

Die Zunahme sozialer Probleme hat einen Umdenkungsprozeß in Stadtentwicklung und Stadtpolitik mitbewirkt, der in seinen Wirkungen noch gar nicht eingeschätzt werden kann, nämlich eine erhöhte Aufmerksamkeit für sozialräumliche Strategien - zu denen auch Gemeinwesenarbeit und stadtteilorientierte, nachbarschaftsbezogene sozial-kulturelle Arbeit gehören.

In einem Symposium des Deutschen Institutes für Urbanistik im Jahre 1993 wurde dazu ausgeführt: „Kommunale Sozialpolitik denke und handle in der Regel gruppenbezogen, nicht raumbezogen. Die Kommunen drücken sich um die Anerkennung der Berücksichtigung räumlicher Einflüsse. Die räumliche Umwelt der einzelnen Bevölkerungsteile bleibe ausgeklammert. In dieser Hinsicht komme dem Stadtteil besondere Bedeutung zu“⁶.

Der Stadtteil, das Quartier, wird zunehmend erkannt „als eine Ressource zur Lebensbewältigung“⁷; - vor allem für sozial schwache Bevölkerungsgruppen.

Eine von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen eingesetzte Expertenkommission „Freizeitpolitik“ stellt in einem Gutachten fest, daß eine Modernisierung staatlichen Handelns zwangsläufig in Richtung quartierbezogener Ansätze gehen muß (und Förderungsprogramme des Landes für benachteiligte Stadtteile tragen dem bereits Rechnung):

„Der Wohlfahrtsstaat mit seinem monetären Transfers und dem Aufbau spezialisierter Großorganisationen hat in der Vergangenheit für Rechtssicherheit und hohe Standards in der Leistungserfüllung gesorgt. Aber: Die neuen Aufgaben zur Verbesserung immaterieller und materieller individueller Problemlagen können durch hochspezialisierte Verwaltungen und Großinstitutionen und -verbände immer weniger gelöst werden. Wichtiger werden bürgernahe, ortsangepaßte, flexible und integrierte Konzepte kleinteiliger Art“⁸.

³ Michael Krummacher: Armut und kommunale Sozialpolitik im Ruhrgebiet - das Beispiel Bochum, in: Breckner/Heinelt u.a.: Armut im Reichtum Bochum 1989, 231-273, hier: S. 245

⁴ Walter Hanesch (Hrsg.): Überlebt die soziale Stadt? Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit. Opladen: Leske + Buderich: 1997

⁵ ebda.

⁶ Heinrich Mäding (Hrsg.): Stadtperspektiven. Difu-Symposium 1993. Berlin: Difu: 1994 (Difu-Beiträge zur Stadtforschung, 10), S. 95

⁷ Ulfert Herlyn, Ulrich Lakemann; Barbara Lettko: Armut und Milieu. Benachteiligte Bewohner in großstädtischen Quartieren. Basel u.a.: Birkhäuser: 1991 (Stadtforschung aktuell 33)

⁸ Expertenkommission „Freizeitpolitik“: Perspektiven für den Lebensort Nordrhein-Westfalen (Entwurf). Düsseldorf 1994. Unveröff. Man., S. 10

Die Kommission weist auf einen notwendigen Wandel kommunaler Politik und damit auch auf eine notwendige - und das kann für Gemeinwesenarbeit und sozio-kulturelle Arbeit von existentieller Bedeutung sein - Veränderung der staatlichen Förderpraxis hin:

„Die Entwicklung muß darin bestehen, Initiativen und Verfahren sich aus dem unmittelbaren Erfahrungs- und Erlebnisbereich der Kinder, Jugendlichen und älteren Menschen, der Nachbarschaften, Elterninitiativen, Gruppen und Betrieben entfalten zu lassen. Die Denkrichtung geht zu neuen ökonomischen und sozialen Chancen mit lokalen Strukturen⁹.

Solche Förderpraxis könnte bestehen - und darauf hätten wir als Experten auch hinzuwirken - u.a. in:

- integrierten, ressortübergreifenden Förderprogrammen
- Quartierbudgets, d. h. Fördermittel, die an die lokalen Akteure nach ausgehandelten Bedingungen vergeben werden.

Die andere Entwicklung, der wir uns in der Gemeinwesenarbeit stellen müssen - ganz gleich in welcher Trägerschaft wir arbeiten - ist die überall grassierende Verwaltungsmodernisierung. Unter dem beschriebenen Problemdruck stellt sich natürlich die Frage nach Effektivität, Effizienz und Wirtschaftlichkeit, der dann mit Produktionsbeschreibung, Budgetierung und dezentraler Ressourcenverantwortung begegnet wird.

Wenn, wie ich glaube, mit einiger Sicherheit sagen zu können, kommunale Trägerschaft von Gemeinwesenarbeit (und Bürgerhäusern, sozialkulturellen Zentren etc.) sich ausweitet (Beispiele aus Chemnitz und anderen Städten weisen darauf hin), dann wird es auch wichtig, über die Veränderungsprozesse in den Verwaltungen selbst nachzudenken. Was bedeutet Verwaltungsmodernisierung, neue Steuerung etc. für Gemeinwesenarbeit? Welche Chancen und Gefahren liegen in einer Dezentralisierung kommunaler Aufgaben? Welche Trägerformen für Stadtteilrichtungen bis hin zum kommunalen Regiebetrieb sind denkbar? Welche Gefahren bergen kommunale Modernisierungsprozesse? Wie kann man das Postulat „Kundenorientierung“ in eine politische Partizipationsforderung wenden?

Entwicklungen

Was sehe ich nun auf diesem Hintergrund für aktuelle Entwicklungen in der Gemeinwesenarbeit? Ich greife drei Aspekte heraus.

1. **Die Idee eines Arbeitsprinzips Gemeinwesenarbeit hat sich durchgesetzt und greift in vielen Feldern kommunaler Politik** - nicht nur in der sozialen Arbeit - Raum. Arbeitsprinzip - damit ist gemeint, daß professionelles Handeln, Interventionsstrategien nach den Grundsätzen der Gemeinwesenarbeit - sozialräumliche Lebenswelt-Orientierung, Methodenintegration, Ganzheitlichkeit, Aktivierung von Bewohnern - agieren. Das geschieht - ich nenne Beispiele aus meinem unmittelbaren Erfahrungszusammenhang - im Bereich der Gesundheitspolitik, der gemeindenahen Psychiatrie, der Drogenprävention, der Stadtentwicklung (Beispiel Essen), das wird diskutiert in der Wohnungslosenhilfe. In Berlin gibt es ein Museum, das explizit nach Methoden der Gemeinwesenarbeit arbeitet und sich als Gemeindezentrum versteht. In den neuen Ländern hat sich, beraten von den Essener KollegInnen um Wolfgang Hintue und gefördert vom Bund, ein Modell der Wirtschaftsförderung in Mittelstädten und strukturschwachen Regionen etabliert, das als Ziel formuliert: mit Methoden der Gemeinwesenarbeit die Bevölkerung zu

⁹ ebda. S. 11

aktivieren, die Wirtschaft in den Landkreisen nachhaltig zu stärken und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

2. Eine neue - im Sinne von neuerwachter - **Therorie - und Methodendiskussion** hat begonnen. Der Problemdruck schreit offenbar nach Handlungs-**und** Erklärungswissen. An dieser Diskussion beteiligen sich sowohl Praktiker der Gemeinwesenarbeit als auch - endlich wieder - die Hochschulen. Tagungen in Chemnitz und Trier belegen die¹⁰.

Aber darauf möchte ich hier nur mit ganz knappen Hinweisen eingehen:

Zum einen ist die amerikanische Tradition des Community Organizing wiederentdeckt worden, die uns mit dem Problem von Macht, Gegenmacht und Organisation konfrontiert und dies mit sehr pragmatischer Methodik. CO weist aber gleichzeitig auf die deutsche, innerhalb der sozialen Arbeit und Ausbildung kaum noch zu korrigierende Fehlentwicklung hin, Gemeinwesenarbeit als dritte Methode so eng an die Sozialarbeit zu spannen¹¹.

Zum anderen - das schimmert durch die in dem Band „Hoffnung Gemeinwesen“ dokumentierten Referate der Trierer Tagung¹² - werden handlungs- und systemtheoretische Konzepte für die Gemeinwesenarbeit reklamiert, was meines Erachtens zu sehr fruchtbaren Diskussionen auch für die Praxis führen könnte.

Und schließlich wird auch - sicherlich beeinflusst von der amerikanischen Kommunitarismuskonzeption und ihrer deutschen Rezeption¹³ - die Frage nach der Ethik in der Gemeinwesenarbeit neu gestellt: welche Vision von einem guten Leben und einer gerechten Gesellschaft haben wir noch? Welche Gegenentwürfe zu Individualismus und Individualisierung der Gemeinwesenarbeit? Angesichts der Tatsache, daß die von der Arbeit her begründeten Identitätsmuster für viele Menschen zerfallen, weil die Arbeit in ihrem Leben nicht mehr da ist - was kann Gemeinwesenarbeit als Sinn anbieten? Ist das überhaupt ihre Aufgabe? Ist Solidarität - wie Wolfgang Hinte schreibt - ein abgewirtschafteter Begriff?

Gemeinwesenökonomie:

Die Gemeinwesenarbeit hat lange - und tut es überwiegend noch heute - die Ökonomie vernachlässigt (die Rede vom 'Reproduktionsbereich'). Zurecht erheben sich hier Stimmen, die ein Umdenken einfordern.

Durch die oben beschriebenen Entwicklungen - hier das Problem der Arbeitslosigkeit und der steigenden Kosten für die Sozialhilfe - geraten die Kommunen zunehmend unter Handlungsdruck. Dies bietet Chancen für neue Überlegungen und Modelle in der Gemeinwesenarbeit.

Es ist eine Erfahrung in allen Projekten, die ich kenne, daß Menschen, die aus dem Arbeitsprozeß herausfallen, auf ihre Lebenswelt, ihr Quartier, verwiesen werden, nicht selten als zusätzliche Ressource zur Existenzsicherung (soziale Netze, informelle Kreditsysteme, Schwarzarbeit, Nutz-

¹⁰ vgl. Ries/Elsen/Steinmetz/Homfeldt (Hrsg.): Hoffnung Gemeinwesen. Innovative Gemeinwesenarbeit und Problemlösungen in den Bereichen lokaler Ökonomie, Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Benachteiligung. Neuwied u.a.: Luchterhand: 1997

¹¹ vgl. Dieter Oelschlägel: Die dritte Welle. Einige Bemerkungen zu Community Organization, in: sozial extra 19/1995/1 - 2/26 - 2712 vgl. Fußnote 10

¹² vgl. Fußnote 10

¹³ vgl. Rudolph Bauer: Das Gespenst des Kommunitarismus. Zur bundesdeutschen Rezeption des anglo-amerikanischen Gemeinsinn-Diskurses, in: sozial extra 18/1994/6/6 - 9

gärten ...) aber auch hinsichtlich ihrer Teilhabemöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben. Andererseits wächst gerade in armen Stadtteilen der Bedarf an zu leistender Arbeit in den Bereichen der Infrastrukturgestaltung (Renovieren von Wohnungen bis zur Gestaltung von Mietergärten) und der sozialen Dienstleistungen, insbesondere der Kinderbetreuung, Altersversorgung und Krankenpflege ...

Gemeinwesenökonomie führt diese beiden Stränge zusammen, sie verknüpft den örtlichen Bedarf mit den Ressourcen des Gemeinwesens. Es gibt inzwischen - auch international - eine Vielzahl solcher basis-ökonomischen Ansätze¹⁴, „denen gemeinsam ist, daß sie aus der Not geboren, von der Nutzung der Arbeits- und Gestaltungskraft der Menschen in den Gemeinwesen als der entscheidenden und oft einzigen sozial-produktiven Ressource ausgehen und Grundbedürfnisse in den Nahräumen decken“¹⁵. Ob es die „Quartierunternehmungen“ in französischen Großsiedlungen sind¹⁶ oder genossenschaftlich organisierte Wohnmodelle wie in Trier - es gibt zahlreiche Beispiele.

Ein weiteres solches Beispiel für Gemeinwesenökonomie ist die Entwicklung von Tauschringen¹⁷, wie z.B. im Berliner Nachbarschaftsheim Urbanstraße. Dazu Karl Birkhölzer: „Was aus der Weiterentwicklung von Tauschringen entstehen müßte, wäre ein neuer gemeinnütziger Wirtschaftssektor, aus dem Verbund unterschiedlicher Projekte ökonomischer Selbsthilfe, in den Tauschringe einbezogen werden, ebenso wie Arbeitsförderungsbetriebe, Sozialbetriebe, gemeinnützige Unternehmen, Gemeinwesenprojekte“¹⁸.

Allerdings sehe ich bei den beschriebenen Entwicklungen auch **Gefahren**:

Die eine zeigt sich in einem aktuellen Zitat von Wolfgang Hinte: „... die alten Formeln ‘Parteilichkeit’ und ‘Solidarität’ geben keine Antwort auf die Fragen derjenigen, die sich in den Pfaden des lokalen Dschungels verlaufen haben und das gerade davon, daß die Gemeinwesenarbeit wieder politisch werden müsse, trägt auch nicht sonderlich zur Ausbildung von Handlungs-kompetenz von Professionellen bei“¹⁹.

Wenn auch die Essener KollegInnen in ihren Projekten konkrete und - wie ich meine - solidarische Politik machen, ist eine solche Polemik im höchsten Grad gefährlich und gibt ohnehin schon vorhandenen Entpolitisierungstendenzen Nahrung.

Wenn wir von Spaltungstendenzen in der Gesellschaft, von Individualisierung und Entsolidarisierung als einer Grundtatsache der modernen Gesellschaft ausgehen, dann ist es gerade eine Aufgabe der Gemeinwesenarbeit, „Bedingungen für Alltagssolidarität zu schaffen, die sich offensichtlich in modernen Gesellschaften nicht ohne weiteres ergeben“²⁰. Zu diesen Bedingungen gehört

¹⁴ vgl. Susanne Elsen: Gemeinwesen als Ort der Existenzsicherung, in: Ries/Elsen/Steinmetz/Homfeldt (Hrsg.). Hoffnung Gemeinwesen. Innovative Gemeinwesenarbeit und Problemlösungen in den Bereichen lokaler Ökonomie, Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Benachteiligung. Neuwied u. a.: Luchterhand: 1997, S. 123 - 151

¹⁵ ebda. S. 129

¹⁶ vgl. Markus Lang: Die Politik der ‘Sozialen Stadtteilentwicklung’ in Frankreich, In: Jahrbuch Stadterneuerung 1993, Berlin 1993, S. 198

¹⁷ vgl. Austausch der Tauschring-Initiativen vom 27. bis 29. Oktober 1995 in Berlin. Dokumentation und Materialsammlung Berlin 1995

¹⁸ ebda. S. 13

¹⁹ Wolfgang Hinte: Management mit Charme - Kommunikation in der Gemeinwesenarbeit, in: Ries/Elsen/Steinmetz/Homfeldt (Hrsg.). Hoffnung Gemeinwesen: Innovative Gemeinwesenarbeit und Problemlösungen in den Bereichen lokaler Ökonomie, Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Benachteiligung. Neuwied u. a.: Luchterhand: 1997, S. 282

²⁰ Karl Otto Hondrich/Claudia Koch-Arzberger: Solidarität in der modernen Gesellschaft. Frankfurt am Main: Fischer: 1992, S. 58

der Aufbau von lebensweltlichen Unterstützungsnetzen, das Zurverfügungstellen von sanktionsfreien Räumen als Anlaufstelle für Information, als Gelegenheit für Austausch und Kommunikation, als Basis für Aktivität und Aktion und schließlich auch das Bereitstellen von personellen Ressourcen. Ohne Zweifel gehört zur Gemeinwesenarbeit der Konflikt, die politische Auseinandersetzung, wenn es um die Bedrohung von Lebenswelten oder die Einschränkung von Lebenschancen auf der einen Seite und um die Ausweitung von Handlungsalternativen für Menschen und Gruppen auf der anderen Seite geht.

Eine andere Gefahr sehe ich in einer sozialtechnologischen, pragmatischen Verkürzung der Gemeinwesenarbeit. Das Machbare wird zum Ziel. Ein bißchen steckt das in der CO-Rezeption, obgleich da auch eine Diskussion in Gang gekommen zu sein scheint. Aber die Begeisterung, mit der neuerdings der Begriff „Stadtteilmanagement“ benutzt wird, macht mich stutzig.

Und schließlich sehe ich die Gefahr der Gemeinwesenarbeit als Nischenkultur. Der Gefahr sind wir in Bruckhausen erlegen. Der Nachbarschaftstreff - da fühlten sich die Menschen wohl, da waren sie angenommen. Sich Wohlfühlen hat eine wichtige kompensatorische Funktion - das ist unbestritten - aber das genügt wohl nicht. Was trägt unsere Einrichtung dazu bei, daß es sich lohnt, sich gerade für diesen Stadtteil einsetzen zu wollen? Oder ist es der Ort, in dem man aus dem Stadtteil flieht? Sich wohl fühlen kann auch sich einrichten heißen.

Perspektiven

Lassen Sie mich als Abschluß noch einige wenige Sätze zu möglichen Konsequenzen für Gemeinwesenarbeit sagen. Auch hier sind nur wenige herausgegriffen, gewissermaßen als Anreiz für die Diskussion:

1. Wir müssen in unseren Strategien offensiver werden - politisch und fachlich. Das hängt sehr eng zusammen. Wenn wir unsere Fachlichkeit offensiv anbieten, dann hat das schon politische Wirkungen. Wir haben doch etwas zu sagen, als Einrichtungen, als BewohnerInnen, als Fachpersonal zu den Entwicklungen in unserem Land, und wir haben doch etwas beizutragen zur Entwicklung unseres Stadtteils. Ihre Berichte vom Kolonieschacht zeigen das deutlich. Und gerade kommunale Politiker brauchen fachlich kompetente Unterstützung.

Das kann sein die Entwicklung eines öffentlichen Diskurses auf der Basis breiter Bündnisse, wie z. B. in lokalen Armutskonferenzen, Runden Tischen o.ä. praktiziert wird.

Das kann auch sein die Forderung nach Sozialberichterstattung, die Durchsetzung und die kompetente Beteiligung daran. Nach unserer Erfahrung kommt eine Sozialberichterstattung wirkungsvoll erst dann zustande, wenn sie eingebunden ist in örtliche soziale Netzwerke und wenn sie nicht als Textprodukt, sondern als Kommunikationsprozeß verstanden wird. Hier hat Gemeinwesenarbeit ihren Platz.

2. Wenn Gemeinwesenarbeit Motor der Stadtteilentwicklung sein will, dann muß sie den engen Rahmen der Sozialarbeit überschreiten, andere Fachlichkeiten einbeziehen (z.B. Stadtplaner ...) und erweiterte Bündnisse eingehen. In der Kulturentwicklungsplanung redet man neuerdings von „Verantwortungsgemeinschaft“, in der alle - auch und gerade die lokale Wirtschaft - einbezogen werden müssen.

3. Auf der Basis solcher Bündnisse - Stichwort Vernetzung - kann sich Gemeinwesenarbeit als stadtteilbezogene Instanz der Projektentwicklung verstehen. Sie initiiert Gemeinschafts-aktivitäten im Quartier und schafft dafür bei Bedarf die notwendigen organisatorischen Vor-aussetzungen (Logistik), wie Sie es ja - ich habe es mit Spannung gelesen - mit Ihrem Natur-spielplatzprojekt gemacht haben. Es müssen viel mehr Projekte auf die Beine gestellt werden, besonders im Bereich der lokalen Ökonomie. Gründung von Stadtteilbetrieben wie im Bistum Aachen nach Holländischem Vorbild und unter Einbezug der lokalen Wirtschaft, Gründung von Genossenschaften wie in Trier etc.. Das setzt schließlich
4. die Diskussion und Erprobung neuer Trägerformen voraus, die mehr Handlungsspielraum auch für wirtschaftliches Handeln zulassen. Die Trägerschaft ist eine wichtige Rahmenbedingung. Sie muß auf langfristige Tragfähigkeit und größtmögliche Handlungsspielräume hin ausgerichtet sein. Die Spielräume der Einrichtung dürfen weder durch einseitige Trägerinteressen noch durch starre rechtliche oder verwaltungsmäßige Strukturen eingeengt werden. Das ist bei vielen GWA-Projekten leider oft der Fall und tritt bei wachsendem Druck auf Gemeinwesenarbeit auch deutlich zutage.

Dafür sind unterschiedliche Trägermodelle denkbar:

- das Modell eines Trägervereins - mehrere Akteure bilden eine Trägergemeinschaft
- das Modell eines Vereins der Nutzer und Förderer (Trier) - das ist nahe an Selbstverwaltung
- ein Träger mit Leistungsvertrag an die Kommune gebunden (Beispiel: Chemnitz).

Häuser in kommunaler Trägerschaft müßten mindestens aus den Ressort- und Hierarchie-zusammenhängen herausgenommen und eine eigene Einheit (Budgetierung, Personal- und Entscheidungskompetenzen) werden.

Auf jeden Fall sollte sich ein Bürgerhaus, ein tragfähiges Unterstützungsnetzwerk im Stadtteil, aufbauen. Es wird es brauchen können, denn ein immer wieder genanntes - auch in Studien der Europäischen Kommission - Hindernis sind Bedingungen, die in den strukturöffentlichen Verwaltungen liegen - unabhängig davon, ob die Verwaltung Träger der Einrichtung ist oder nicht. Das Ressort- und Sektordenken - insbesondere die so strukturierte Finanzierung - sind ein Haupthindernis integrierter Problemlösungsstrategien im Stadtteil, wie Gemeinwesenarbeit eine ist. Oder wie Wolfgang Hinte formuliert: „Die Krise fängt in den öffentlichen Köpfen an, nicht erst in den öffentlichen Kassen“²¹.

Es gäbe noch viel zu sagen. Sie haben hoffentlich aus den eher unsystematischen und nur kurz angerissenen Gedanken für sich Diskussionsstoff herausfiltern können und herausgehört, daß ich - wie Sie im Kolonieschacht auch - noch immer Chancen und Perspektiven für Gemeinwesenarbeit sehe.

²¹ Wolfgang Hinte: Soziale Kommunalpolitik. Soziale Räume gestalten statt Elend verwalten, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit 1996/3/33